

Glarus, 5. Februar 2013

Vernehmlassung i. S. Energiestrategie 2050

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Anschluss an Stellungnahme RKGK

Grundsätzlich schliessen wir uns der Stellungnahme der Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK) vom 4. Februar 2013 an. In Teilaspekten nehmen wir aber eine divergierende Haltung ein, dies schlägt sich auch in einer differenzierteren Beantwortung der Fragen nieder. Zusätzlich geben wir folgende ergänzende Erklärung ab:

Industrie

Unser Kanton als stark industrialisierter Gebirgskanton in Randlage hat ein Interesse, dass die Energieversorgung zuverlässig und zu annehmbaren Preisen gewährleistet ist. Wir produzieren dreimal so viel Elektrizität wie wir verbrauchen, ausschliesslich aus erneuerbaren Quellen. Wir können uns sogar vorstellen, diese Produktion noch zu erhöhen, aber nicht zu jedem ökologischen oder ökonomischen Preis.

Unser Industriebereich besteht aus Firmen unterschiedlicher Grösse. Zwar können heute schon einige Betriebe von einer Rückerstattung des Netzzuschlages profitieren; in Zukunft vielleicht noch zusätzliche. Kleine Betriebe mit einem Elektrizitätsverbrauch von weniger als 0,5 GWh, die zudem exportorientiert sind oder als Zulieferer für stark exportorientierte Branchen agieren, werden offenbar nicht in den Genuss solcher Vergünstigungen kommen: Sie werden die Preiserhöhungen im Zusammenhang mit der Förderung der erneuerbaren Energien vollumfänglich tragen müssen. Dies führt zu einem Standortnachteil gegenüber grösseren Betrieben in der Schweiz und gegenüber Betrieben im Ausland. Wir lehnen eine solche Mehrbelastung kleiner Betriebe ab.

Wir sind als industrialisierter Gebirgskanton auch gegen eine ökologische Steuerreform, wie sie auf Seite 62 der Erläuterungen beschrieben wird. Eine solche Umstellung des Steuersystems kommt den Betrieben des Dienstleistungssektors wie Banken, Versicherungen, Beratung, Ingenieurunternehmen sehr entgegen und entlastet sie von den Steuern, während sie die güterproduzierenden Betriebe stärker belastet als bis anhin. Güterproduzierende Betriebe

be sind naturgemäss energieintensiver als Dienstleistungsbetriebe. Dies wäre ein weiterer Schritt zur Desindustrialisierung der Schweiz. Was dies für Folgen hat, ist momentan in Frankreich und Grossbritannien zu sehen. Die Produktion von Gütern wird in der Schweiz verteuert, die Produktion wird ins Ausland verlagert, es wird mehr importiert, der Transportaufwand und damit auch der totale Energieaufwand für die Produktion und den Transport von Gütern steigt an.

Kostendeckenden Einspeisevergütung

Das Paket Energie 2050 basiert auf der Förderung erneuerbarer Energie zur Produktion von Elektrizität. Das zugehörige Instrument der kostendeckenden Einspeisevergütung wird zwar in Details angepasst und mit der WKK ergänzt, aber nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Wir haben bereits mehrfach in Stellungnahmen bemerkt, dass wir dieses System des KEV ablehnen, weil es ineffizient ist und beträchtlichen ökologischen Schaden verursacht.

Das UVEK hat noch letztes Jahr in Aussicht gestellt, dass der KEV bezüglich Kosten/Nutzen-Verhältnis grundlegend hinterfragt werde. Dies ist im Sommer zwar mit einer oberflächlichen Beurteilung geschehen. Eine grundsätzliche Hinterfragung des Systems hat aber nicht stattgefunden.

Wir erwarten von einem Fördersystem, dass die eingesetzten Mittel möglichst effizient im Hinblick auf eine möglichst grosse Produktion pro eingesetzte Fördereinheit eingesetzt werden und dass nur ökologisch akzeptable Vorhaben gefördert werden. Genau das Gegenteil ist aber der Fall: Kleine Wasserkraftwerke wie alte Mühlenkraftwerke im Mittelland erhalten fürstliche Entschädigungen und produzieren nur minimale Mengen. Dies gilt auch für Kraftwerke mit kleinen Nutzhöhen in den Alpen. Wie die Zeitung „Sonntag“ in der Ausgabe vom 16. Dezember 2012 berichtet, werden dabei Renditen für Wasserkraftwerke von über 10 Prozent erzielt. Es ist anzunehmen, dass auch im Bereich der Photovoltaik hohe Renditen existieren. Von einer „Kostendeckung“, wie sie im Namen der Vergütung festgehalten ist, ist man weit entfernt. Andererseits gibt es Projekte mit grossen Nutzhöhen und Produktionen, die 1000mal höher sind als bei einer Mühle im Mittelland, die aber nicht realisiert werden, weil die KEV Entschädigung tiefer wäre als der heute bezahlte Preis (15 Rp./kWh).

Im Bereich der Photovoltaik werden Kleinstanlagen mit veralteter, ineffizienter Technologie, an ungünstigen Standorten und unerfahrenen Eigentümer und Betreibern mit hohen Summen gefördert. Auf diesen Anachronismus haben wir mehrmals hingewiesen, geändert hat sich nichts.

Aus diesen Gründen lehnen wir alle Bestimmungen, welche die KEV betreffen (d.h. Art. 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 34, 38, 39, 40), insbesondere auch den Einbezug der WKK, ab und erwarten, dass ein anderes Modell (Quoten, Ausschreibung etc.) wie es im Vorfeld der Einführung des KEV diskutiert wurde, geprüft wird. Im Rahmen eines solchen Modelles könnten z.B. alle EVUs verpflichtet werden, einen bestimmten Anteil an erneuerbarer Energie (Photovoltaik, Wind, Wasser etc.) den Kunden anzubieten und auf dem Markt zu beschaffen. Die Förderung erneuerbarer Energien soll zukünftig auf Effizienz und Umweltverträglichkeit ausgerichtet werden.

Planungspflicht der Kantone (Art. 11 bis 13 EnG)

Wir begrüssen grundsätzlich die Planungspflicht der Kantone im Hinblick auf die Nutzung von Wasserkraft und Windenergie (Art. 11 – 13). Wir erachten aber die vorgeschlagenen Bestimmungen als unzweckmässig. Der Mindestinhalt einer solchen Planung muss im Raumplanungsgesetz festgehalten werden und nicht im Energiegesetz. Die Aufgabe des Bundes soll sich auf die Genehmigung beschränken (Art. 12 Abs. 3), für die Koordination können die Kantone selbst sorgen (Art. 12 Abs. 1). Eine subsidiäre Planung des Bundes (Art. 12 Abs. 2) lehnen wir ganz ab; dies wäre ein zu grosser Eingriff in die Hoheit der Kantone, für welchen eine Rechtsgrundlage fehlt. In der Endfassung soll der Formulierung dieser

Bestimmungen eine grössere Aufmerksamkeit zuteilwerden und rechtlich unbestimmte Begriffe wie „zügig“ sind zu vermeiden.

Nationales Interesse an Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien (Art. 14/15 EnG)

Wir lehnen die Einstufung von Anlagen „im nationalen Interesse“ ab. Schon heute ist der Bau von Wasserkraftanlagen in BLN-Gebieten möglich, wenn diese den Schutzziele nicht widersprechen (Bundesgerichtsurteil Giessbach). Die Schutzziele von BLN-Gebieten sind differenziert ausformuliert, eine Interessenabwägung ist auf der Basis dieser Bestimmungen notwendig und heute schon möglich. Die undifferenzierte Deklaration des nationalen Interesses eines Kraftwerkes stört das bisherige, ausgewogene System einer Interessenabwägung für einen spezifischen Standort.

Auch in Zukunft dürfte eine Windturbine (auch wenn sie von einem nationalen Interesse ist) in einem BLN-Gebiet auf den Churfürsten oder auf dem Säntis nicht bewilligungsfähig sein, eine Wasserkraftnutzung in einem BLN-Gebiet am Lago Bianco aber wohl. Derartige weitreichende Bestimmungen zur Deklaration eines nationalen Interesses könnten in nur einigen wenigen Fällen den Bau erleichtern, öffnen aber Tür und Tor für neue Streitigkeiten mit den Verbänden und wecken Opposition in der Bevölkerung.

Wir lehnen die vorgeschlagenen Artikel 14 und 15 zwar grundsätzlich ab, könnten uns aber allenfalls mit der von der RKGK vorgeschlagenen Ergänzung, dass die detaillierte Festlegung gemäss Art. 14 Abs. 2 gemeinsam mit den Betroffenen erfolgen muss, abfinden.

Förderung der Wärmekraft-Kopplung (Art. 31, 32, 39 und 40 EnG)

Alle Technologien sind gleich zu behandeln, um einseitige Anreize oder Verzerrungen zu vermeiden. Die spezielle Behandlung von Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen im Gesetz ist darum stossend und inkonsequent. Die gezielte Förderung der fossil-thermischen Stromerzeugung ist im Kontext der ganzen Energiestrategie 2050 ein Fremdkörper und ist darum abzulehnen. Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen werden normalerweise wärmegeführt und bieten darum keinen Beitrag zur Stromversorgungssicherheit. Falls sie stromgeführt würden, so wäre der Wirkungsgrad sehr tief. Falls schon fossile Brennstoffe für die Stromerzeugung eingesetzt werden sollten, sind Gaskraftwerke (GUD-Werke) aufgrund der weit höheren Stromausbeute und Effizienz die bessere Wahl. Diese können auch Regelenergie bereitstellen. Die Stromkosten sind deutlich tiefer als bei WKK-Anlagen. Diese Bestimmungen im Energiegesetz sind ein Beispiel mehr, wie die Effizienz (Wirkungsgrad), die Kosten und die Verfügbarkeit zugunsten der Interessen einer bestimmten Lobbygruppe ignoriert werden. Wir lehnen darum diese speziellen Bestimmungen zu den WKK-Anlagen ab.

Höchstgrenze für Netzzuschlag (Art. 36)

In der Vorlage ist lediglich ein maximaler Satz für den Zuschlag zugunsten des Gewässerschutzes (0,1 Rp./kWh) festgelegt. Abgesehen davon gibt es keine Obergrenze für den Netzzuschlag. Um ähnlich desolate Zustände wie in Deutschland zu verhindern, muss unbedingt eine mässige, obere Grenze definiert werden, falls das System der kostendeckenden Einspeisevergütung beibehalten wird. Dies ist nicht zuletzt deshalb nötig, weil die Haushaltungen und die kleinen Betriebe diesen Zuschlag bezahlen müssen.

Gebäudeenergieausweis (GEAK) (Art. 42, 52)

Während Art. 42 den Kantonen die Möglichkeit gibt, den GEAK einzuführen, verlangt Art. 52, dass Bundesbeiträge nur ausbezahlt werden, wenn die Kantone den GEAK obligatorisch erklären.

Wir sind dagegen, dass über diese Hintertür der GEAK in der ganzen Schweiz für obligatorisch erklärt wird. Es ist Sache der Kantone, über diese Frage zu entscheiden. Wir lehnen Art. 52 Abs. 2 (zweiter Satz) ab.

Effizienzziele Elektrizitätsverbrauch (Art. 43 bis 46 EnG)

Wir lehnen die vorgeschlagenen Effizienzziele für die Elektrizitätslieferanten ab, weil diese Regelungen einen zu starken und zu einseitigen Eingriff in die Marktwirtschaft bedeuten. Es wäre unsinnig, Lieferanten für das Verhalten der Kunden verantwortlich zu machen. Es ist auch inkonsequent, derartige Ziele für die Elektrizitätswirtschaft aber nicht für die Verteilung von Benzin, Diesel, Schweröl, Kohle, Heizöl oder Gas festzulegen. Es gibt andere marktnahe Instrumente wie die Preisgestaltung oder Lenkungsabgaben, um die gleichen Ziele zu erreichen.

Schlussbemerkung

Das Vernehmlassungspaket „Energiestrategie 2050“ enthält interessante Ansätze, lässt aber viele Fragen offen und bewegt sich bezüglich Förderung in eine falsche Richtung. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, dass die Industriebetriebe in der Schweiz im Vergleich zu den Nachbarländern nicht übermässige Elektrizitätspreise bezahlen müssen. Die heutigen günstigen Preise sind einer der wenigen Standortvorteile der Schweiz – und auch für unsere Region. Mit dem vorliegenden Programm wird dieser Vorteil grundlos preisgegeben. Die Erfahrungen in Deutschland zeigen die Auswirkungen eines ineffizienten, marktverzerrenden und teuren Fördersystems für erneuerbare Energie. Zudem wird mit der Vorlage dem Schutz der Umwelt zu wenig Rechnung getragen. Natürlich muss die Nutzung erneuerbarer Energien in der Schweiz verstärkt werden, aber nicht zu jedem ökologischen Preis. Die Schwerpunkte werden zu stark auf Nutzung anstatt Ökologie gesetzt.

Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Für den Regierungsrat



Andrea Bettiga
Landammann



Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

E-Mail an: energiestrategie@bfe.admin.ch

versandt am: 06. Feb. 2013

Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050

Antwortende Organisation:

Regierungsrat des Kantons Glarus

Inhalt

Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050.....	1
Allgemeine Fragen.....	2
Kernenergiegesetz.....	3
Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz	4
Energieeffizienz	4
Gebäude	4
Mobilität.....	5
Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft	6
Industrie und Dienstleistungen	6
Erneuerbare Energien	7
Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht	8
Einspeisevergütungssystem	8
Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen	9
Netzzuschlag.....	10
Fossile Kraftwerke	10
Netze	11

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen: Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

Allgemeine Fragen

1. Sind Sie insgesamt mit der Vernehmlassungsvorlage zur Energiestrategie 2050 einverstanden?

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Grundsätzlich unterstützen die Gebirgskantone eine Neuausrichtung der Energiepolitik des Bundes, die sich stärker an der Energieeffizienz und der Reduktion der CO₂-Emissionen orientiert. Unserer Ansicht nach muss sich die Neuausrichtung aber dem effektiven Mitteleinsatz verpflichten, primär marktorientierte Ansätze verfolgen und nur sekundär interventionistisch ausgestaltet werden.

Die Vorlage weist in wichtigen Aspekten erheblichen Nachbesserungs- und Begründungsbedarf auf. Diese Defizite sind bei Erstellung der Botschaft an das Parlament zwingend zu schliessen. Es fragt sich ernsthaft, ob nicht sogar die nochmalige Durchführung einer Vernehmlassung angezeigt wäre. Dringliche Gründe, die ein solches Vorgehen nicht zulassen würden, bestehen objektiv keine.

2. Sind Sie mit dem etappierten Vorgehen der Energiestrategie 2050 einverstanden (zweite Etappe gemäss Ziffer 1.4 im erläuternden Bericht)?

Erläuternder Bericht: 1.3 (erstes Massnahmenpaket), 1.4 (zweite Etappe)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Bei der geplanten Neuausrichtung der Energiepolitik geht es um eine fundamentale Frage, die weit über den Energiebereich Auswirkungen hat und für mehrere Generationen von Bedeutung ist. Der unterbreiteten Vernehmlassungsvorlage legt der Bundesrat die Absicht eines etappierten Vorgehens zu Grunde. Das gegenwärtig unterbreitete Massnahmenpaket soll das erste von weiteren Massnahmenpaketen sein. Angesprochen wird in diesem Zusammenhang jedoch einzig die vage Absicht, für die Jahre nach 2020 ein weiteres Massnahmenpaket zu schnüren, in welchem die Energiepolitik strategisch neu ausgerichtet wird, vom bestehenden Förder- hin zu einem Lenkungssystem (und später zu einer ökologischen Steuerreform). Eine Gesamtschau, eine Detaillierung der Etappierung und eine Auslegeordnung über deren Konsequenzen fehlen jedoch. Auch werden die Vor- und Nachteile der Varianten „Etappierung“ und „Einmalschritt“ nicht aufgezeigt. Eine verlässliche Einschätzung der Neuausrichtung ist damit nicht möglich.

Die Gebirgskantone sind für eine politische Auseinandersetzung offen, sowohl über den vom Bundesrat vorgeschlagenen Weg mit einer ökologischen Steuerreform bzw. Lenkungsabgabe als auch über alternative, marktnahe Förderlösungen. Dies vor allem dann, wenn dieser neue Weg für die Bevölkerung und Wirtschaft in den Gebirgskantonen nicht mit unangemessenen Nachteilen verbunden ist.

Weiter sind derzeit diverse energiepolitische Volksinitiativen eingereicht worden oder sie

befinden sich im Stadium der Unterschriftensammlung. Den uns unterbreiteten Vernehmlassungsunterlagen kann nicht entnommen, wie diese Vorlagen in die Neuausrichtung einbezogen worden sind oder noch einbezogen werden sollen, obwohl innert Kürze erneut strategische Weichenstellungen bevorstehen, welche die energiepolitischen Rahmenbedingungen entscheidend beeinflussen können. Die Tatsache, dass die Revisionsvorlage hierzu nichts aussagt ist ein gravierender Mangel, der die Einschätzung der Neuausrichtung massiv erschwert. Es ist nicht ersichtlich, wie weit das vorliegende Paket geeignet ist, den kommenden Diskussionen die nötige Richtschnur zu geben. Deshalb muss bereits mit dem ersten Schritt geklärt werden, ob ab 2020 marktnahe, offene Rahmenbedingungen Platz greifen sollen oder ob ein komplexes, administratives System von Förderungen und Regulierungen fortgeführt wird. Die Gebirgskantone sprechen sich für marktnahe, offene Rahmenbedingungen aus. Insgesamt verlangen wir eine klare Überarbeitung der Vorlage, die eine verlässlichere Einschätzung der Neuausrichtung zulässt.

3. Sind Sie damit einverstanden, den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie mit dem vorliegenden Massnahmenpaket zu verknüpfen?

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Diese Frage ist primär im Lichte der Sicherheit, der Versorgungssicherheit, der Entsorgung und der wirtschaftlichen Verkraftbarkeit sowie zweitens im Lichte der vom Bundesparlament überwiesenen Motionen und der vorerwähnten Initiativen zu beurteilen. Bundesrat und Parlament haben sich für einen schrittweisen Ausstieg ausgesprochen. Wenn, dann ist nur ein solcher realistisch. Ein sofortiger Ausstieg wäre unter mehreren Aspekten unverantwortlich (Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit). Die Verankerung eines Technologieverbots haben Bundesrat und Parlament abgelehnt. Dies gilt es zu unterstützen.

Kernenergiegesetz

4. Sind Sie damit einverstanden, dass Rahmenbewilligungen für die Erstellung neuer Kernkraftwerke nicht mehr erteilt werden dürfen?

Kernenergiegesetz, Art. 12 Abs. 4 (neu)

Erläuternder Bericht: 1.2 sowie 2.2.6

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Siehe Antwort zu Frage 3.

Zweck, Ziele, Grundsätze Energiesgesetz

5. Sind Sie damit einverstanden, dass Ausbauziele für die Produktion von Elektrizität aus erneuerbaren Energien sowie Verbrauchsziele gesetzlich festgelegt werden?

EnG Art. 2 und 4, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: Gesamt sowie insbesondere 1.2, 1.3, 1.6, 2.1 (1. Kapitel)

☒ Ja, mit Vorbehalt ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Diese Ausbauziele basieren auf Schätzungen, welche von den Kantonen schon in der Vergangenheit stark kritisiert wurden. Gesetzlich vorgegebene Zielvorgaben, wie sie heute existieren, basieren auf Momentaufnahmen, welche stark von der Investitionsbereitschaft vor allem für grössere Kraftwerke abhängen. Mit der kostendeckenden Einspeisevergütung werden kleine Kraftwerke gegenüber grossen krass benachteiligt. Das führt dazu, dass bei einer Beibehaltung des heutigen KEV-Systems die vorgeschlagenen Zielvorgaben nicht realistisch sind.

Energieeffizienz

Gebäude

6. Sind Sie mit der vorgesehenen Erhöhung der Gesamtmittel von Bund und Kantonen zur Verstärkung des Gebäudeprogramms ab 2015 auf maximal 600 Millionen Franken pro Jahr einverstanden?

CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

7. Welche Variante bevorzugen Sie bei der Änderung der gesetzlichen Grundlage für die Verwendung des Ertrags aus der CO₂-Abgabe für den Gebäudebereich?

CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2

- ☐ Variante 1 (*CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 1*)
☒ Variante 2 (*CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 2*)
☐ Keine der beiden Varianten
☐ Keine Stellungnahme

Bemerkungen:

8. Sind Sie damit einverstanden, dass Kosten für Gebäudeinvestitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen, über drei Jahre verteilt steuerlich abgezogen werden können, und dass ab 2025 Investitionen (vgl. erläuternder Bericht: 2.2.3), die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen nur dann steuerlich abzugsberechtigt sind, wenn das betroffene Gebäude einen bestimmten energetischen Mindeststandard aufweist?
Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer, Art. 31a (neu), Art. 32 Abs. 2^{bis} (neu), Art. 32 Abs. 2^{ter} (neu), Art. 67a (neu) und Art. 205e (neu); Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden, Art. 9 Abs. 3^{bis} bis Abs. 3^{quinquies} (neu), Art. 10 Abs. 1^{ter} (neu), Art. 25 Abs. 1^{ter} und Art. 72q (neu) und 78f (neu)
Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude), 2.2.3 und 2.2.4

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Mobilität

9. Sind Sie mit der Verschärfung des CO₂-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Personenwagen auf durchschnittlich 95 g CO₂/km bis Ende 2020 einverstanden?
CO₂-Gesetz, Änderung Art. 10
Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

10. Sind Sie mit der Einführung eines CO₂-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Lieferwagen und leichten Sattelschleppern und dessen Festlegung auf durchschnittlich 175 g CO₂/km bis Ende 2017 und auf durchschnittlich 147 g CO₂/km bis Ende 2020 einverstanden?
CO₂-Gesetz, Änderung Art. 10
Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft

11. Sind Sie damit einverstanden, dass Elektrizitätslieferanten Zielvorgaben zur stetigen Steigerung der Effizienz beim Elektrizitätsverbrauch erfüllen müssen (mittels Einführung von sogenannten weissen Zertifikaten)?

EnG, Art. 43 bis 46, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Energieversorgungsunternehmen) sowie 2.1 (6. Kapitel 3. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

12. Sind Sie damit einverstanden, dass der Bund Unternehmen der Energiewirtschaft aus Gründen der Transparenz und Information verpflichten kann, Daten zu veröffentlichen (insbesondere bezüglich Strom- und Wärmeverbrauch von Kundengruppen sowie bezüglich Angeboten und Massnahmen zur Förderung einheimischer und erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz)?

EnG, Art. 62, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (9. Kapitel)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Industrie und Dienstleistungen

13. Sind Sie mit der Ausweitung der wettbewerblichen Ausschreibungen auf Elektrizitätsproduktion und -verteilung einverstanden?

EnG, Art. 33, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (4. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir begrüssen alle Massnahmen, welche eine Abkehr vom heutigen System der kostendeckenden Einspeisevergütung ermöglichen.

14. Sind Sie damit einverstanden, dass sich Endverbraucherinnen und Endverbraucher mit einem Elektrizitätsverbrauch von mehr als 0,5 GWh pro Jahr gegenüber dem Bund zur Steigerung der Stromeffizienz sowie zur Verminderung des CO₂-Ausstosses verpflichten können und damit den Netzzuschlag rückerstattet erhalten?

EnG, Art. 38, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (5. Kapitel 1. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir haben grundlegende Bedenken zum heutigen System der Subventionierung von Stromerzeugungsanlagen über einen Netzzuschlag. Der Aufwand für Betriebe, vor allem kleineren, ist verglichen mit dem Vorteil zu gross. Der Verwaltungsaufwand wird unverhältnismässig gross.

Erneuerbare Energien

15. Sind Sie mit der Einführung einer gemeinsamen Planung von Bund und Kantonen sowie eines gesamtschweizerischen Ausbaupotenzialplans für den Ausbau der erneuerbaren Energien einverstanden?

EnG, Art. 11 und 12, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja mit Vorbehalt ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir sind grundsätzlich für eine solche Planung aber ohne die vorgeschlagene Einmischung des Bundes in die Planungshoheit der Kantone.

16. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kantone verpflichtet werden, insbesondere für Wasser- und Windkraft geeignete Gebiete und Gewässerstrecken im Richtplan festzulegen und dazu einen Nutzungsplan vorzulegen?

EnG, Art. 13, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Unser Kanton verfügt bereits über eine derartige Planung schon (Energierichtplan).

17. Sind Sie damit einverstanden, dass für neue Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien ab einer gewissen Grösse und Bedeutung ein nationales Interesses statuiert wird?

EnG, Art. 14, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Diese Massnahme ermöglicht lediglich den Bau von Anlagen in BLN-Gebieten. Eine

Interessenabwägung ist für diese Gebiete heute schon möglich. Das Kosten/Nutzen-Verhältnis einer solchen Bestimmung ist ungünstig. Es werden Widerstände in der Bevölkerung geweckt, welche unnötig sind.

Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht

18. Sind Sie mit der Einführung einer Eigenverbrauchs-Regelung, d.h. der Schaffung der gesetzlichen Möglichkeit für Anlagebetreiber selbst produzierte Energie selber zu verbrauchen, einverstanden?

EnG, Art. 17 Absatz 2, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 1. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Einspeisevergütungssystem

19. Sind Sie mit dem Ausschluss von Kehrlichtverbrennungs- und Klärgasanlagen sowie Anlagen, die teilweise fossile Brenn- oder Treibstoffen nutzen, aus dem Kreis der teilnahmeberechtigten Anlagen einverstanden?

EnG, Art. 18 Absatz 4, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir sind grundsätzlich gegen das heutige System der kostendeckenden Einspeisevergütung. Dieses System muss grundsätzlich überarbeitet werden. Dabei muss den (grossen) Kehrlichtverbrennungsanlagen eine angemessene Position gegenüber z.B. den (kleinen) Photovoltaikanlagen eingeräumt werden.

20. Sind Sie mit der Begrenzung der jährlich zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel zur Förderung von Photovoltaik-Anlagen einverstanden? Diese Kontingentierung soll als Ersatz für die heutige mehrstufige Regelung mit Gesamtdeckel und Teildeckel dienen.

EnG, Art. 20, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

21. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Vollzug des Einspeisevergütungssystems und der neuen Aufgaben (Einmalvergütung für kleine Photovoltaik-Anlagen, WKK-Vergütungssystem) eine separate Stelle in der Form einer Tochtergesellschaft bei der nationalen Netzgesellschaft geschaffen wird?

EnG, Art. 65 und 66, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (10. Kapitel)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir beantragen eine grundlegende Überprüfung des Systems der KEV.

Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen

22. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW ausserhalb des Modells der Einspeisevergütung gefördert werden?

EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

23. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW mit einem einmaligen Beitrag (Einmalvergütung) anstelle der Einspeisevergütung gefördert werden? Oder bevorzugen Sie – als Alternative zur Einmalvergütung – das Net Metering für die künftige Förderung der kleinen Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW?

EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)

☒ Einmalvergütung
☐ Net Metering
☐ Keine der erwähnten Optionen

Bemerkungen:

24. Sind Sie mit damit einverstanden, dass die kleinen Photovoltaik-Anlagen unter 10 kW auf der Warteliste (ohne positiven Bescheid) vom Einspeisevergütungssystem ausgenommen und mittels Einmalvergütung gefördert werden?

EnG, Art 71, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt sowie 12. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Netzzuschlag

25. Sind Sie mit der Entfernung des Gesamtdeckels sowie der Teildeckel für die Finanzierung der Vergütungen einverstanden?

EnG, Art 36, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (5. Kapitel)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir beantragen, dass die KEV überprüft wird.

Fossile Kraftwerke

26. Sind Sie mit der Einführung eines WKK-Vergütungssystems einverstanden?

EnG, Art 31 ff., Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir sind dagegen, dass WKK als Verbraucher von fossilen Brennstoffen bevorzugt behandelt werden.

27. Sind Sie mit dem Förderbereich des Vergütungssystems für WKK einverstanden (Anlagen mit einer Feuerungswärmeleistung von 0,35 MW bis und mit 20 MW)?

EnG, Art.31 Abs. 1, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

28. Sind Sie mit der Einführung einer Verpflichtung zur Kompensation sämtlicher verursachter Emissionen, unter gleichzeitiger Befreiung von der CO₂-Abgabe, für Anlagen, die am WKK-Vergütungssystem teilnehmen, einverstanden?

CO₂-Gesetz, Art. 22 Abs. 4bis (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.2.2

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

29. Welche alternative Fördermöglichkeiten für die Wärme-Kraft-Kopplung schlagen Sie vor?

.....*Wir sind gegen eine Förderung der WKK-*

Anlagen.....

.....

.....

Netze

30. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung auf dem Gebiet des Elektrizitätsrechts einverstanden? Dazu gehört insbesondere, dass der Zugang ans Bundesgericht auf Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung eingeschränkt wird.

Bundesgerichtsgesetz, Art. 83 Bst. w (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

31. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Einführung und Kostentragung von intelligenten Messsystemen einverstanden?

Dies betrifft insbesondere die Delegationsnormen zur Einführung und zur Festlegung von Mindestanforderungen sowie die Möglichkeit für die Netzbetreiber, die Kosten der Einführung gesetzlich vorgeschriebener intelligenter Messsysteme als anrechenbare Netzkosten auf die Endkundinnen und -kunden zu überwälzen

Stromversorgungsgesetz, Art. 15 Abs.1 und 1bis (neu) sowie Art. 17a (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.8

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Wir beantragen, diese Bestimmungen aufgrund der grossen Unsicherheiten im Zusammenhang mit dem Smart Grid (Kosten, Verfügbarkeit etc.) zu überprüfen.